Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 131. | Dresden, Freitag den 10. Juni 1910. | 21. Jahrg.

Menetekel!

Ein neues flammendes Warnungszeichen für das Reaktionsregiment, das Deutschland heimsucht, bedeuten die letzten Ersatzwahlen zum Reichstag, die Wahl in Jauer-Landeshut und die Wahl im zweiten Wahlkreise des Regierungsbezirks Stettin.

In Jauer-Landeshut hat die Stichwahl, wie nicht anders zu erwarten war, mit dem Erfolge des Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei geendigt. Justizrat Büchtemann ist mit 9442 Stimmen gegen 7916 Stimmen gewählt, die unser Parteigenosse Arbeitersekretär Proll erhielt; aus einigen Ortschaften steht das Ergebnis noch aus. Die Fortschrittliche Volkspartei hat 3000 Stimmen mehr als im ersten Wahlgange erhalten. Ein erheblicher Teil der konservativen und der Zentrumswähler ist also der Wahlparole ihrer Parteileitungen, für den Fortschrittlichen einzutreten, nicht gefolgt. Denn die beiden Parteien erhielten am 1. Juni zusammen fast 8000 Stimmen. Die Sozialdemokratie aber ist ganz aus eigenen Kräften nochmals um mehr als 1400 Stimmen gewachsen, denn sie erzielte am 1. Juni 6483 Stimmen. Die höchste Stimmenzahl, die unsere Partei in diesem Wahlkreise jemals früher erreichte, betrug 5427. Bei den Hottentottenwahlen 1907 hatten wir einen Rückgang auf 5019 Stimmen. Jetzt haben in diesem Wahlkreise, der nur eine geringe Zahl von Wahlberechtigten aufweist, fast 3000 Wähler mehr für uns gewählt. Das ist ein Zeichen unaufhaltsamen Fortschreitens der Sozialdemokratie, und von besonderer Bedeutung ist es, daß der konservative Kandidat überhaupt aus der Stichwahl verdrängt worden ist, was den Zug der Wähler nach links deutlich bekundet.

Noch schwerer ist die Niederlage der Reaktion und noch bedeutender der Gewinn der Sozialdemokratie im Wahlkreise Ueckermünde-Usedom, wo am Donnerstag die Ersatzwahl für den freisinnigen Abgeordneten Delbrück stattfand, der im tragischen Luftschiffertod unterging. Telegraphisch wird gemeldet:

Swinemünde, 9. Juni. Bei der heutigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Swinemünde-Ueckermünde wurden bis 10½ Uhr abends gezählt für v. Böhlendorff-Kölpin (kons.) 6055, für Justizrat Herrendörfer (Fortschr. Volksp.) 4229 und Parteisekretär Kunze (Soz.) 7787 Stimmen. Das Ergebnis aus vier kleinen Bezirken steht noch aus. Es ist Stichwahl zwischen v. Böhlendorff und Kunze erforderlich.

Das Wahlergebnis ist im höchsten Maße charakteristisch. Sowohl der konservative Kandidat wie der Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei sind weit hinter die Stimmenzahlen von 1907 zurückgefallen und der Fortschrittler ist völlig aus der Stichwahl verdrängt worden. Während 1907 Stichwahl zwischen Konservativ und Freisinn stattfand und der Freisinnige mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt wurde, findet jetzt Stichwahl zwischen Konservativ und Sozialdemokratisch statt. Im Januar 1907 erhielt der konservative Kandidat 8156 Stimmen; er erlitt jetzt **einen Verlust von ganzen 2000 Stimmen.** Der freisinnige Kandidat erhielt 6353 Stimmen, erlitt also gleichfalls — soweit nicht weitere Nachrichten noch kleine Veränderungen ergeben werden — **einen Verlust von 2000 Stimmen.** Der sozialdemokratische Kadidat dagegen, der im Jahre 1907 auf 6113 Stimmen gekommen war, erhielt jetzt 7783 Stimmen, hat also **einen Gewinn von fast 1700 Stimmen.**

Der Wahlkreis Ueckermünde-Usedom ist stets zwischen Konservativen und Freisinnigen heftig umstritten gewesen und beide Parteien waren im häufigen Wechsel im Besitze des Mandats. Die Sozialdemokratie ist erst seit 1890 in dem Kreise aufgetreten, sie erhielt damals 1730 Stimmen, 1893 erhielt sie 2631 Stimmen, 1898: 3247 Stimmen, 1903: 5543 Stimmen und 1907: 6113 Stimmen. Jetzt steht sie allen andern Parteien weit voran. Die Wähler haben sich von beiden bürgerlichen Parteien gleicherweise abgekehrt. Sie wollen ebenso wenig von den Halbheiten des Freisinns wie von den konservativen Brutalitäten wissen. Vermutlich hat gerade die byzantinische Haltung der Fortschrittler zu der preußischen Zivillisten-Erhöhung in den letzten Tagen vor der Wahl noch im besonderen Maße den Verdruß der zur Wahl berufenen Bevölkerung erregt.

Schon im Jahre 1903 gab es im Kreise Ueckermünde-Usedom Stichwahl zwischen der konservativen Partei und der Sozialdemokratie. Damals waren die Chancen der Konservativen aber weit günstiger als jetzt. Der Herr v. Böhlendorff-Kölpin hatte im ersten Wahlgang 6777, der sozialdemokratische Kandidat 5543 Stimmen. In der Stichwahl ging der größere Teil der fast 4000 freisinnigen Stimmen auf die konservative Seite über. Böhlendorff siegte mit 9880 gegen 6823 sozialdemokratische Stimmen. Damals war unsere Partei im ersten Wahlgang um 1200 Stimmen hinter dem konservativen Gegner zurück, jetzt ist sie ihm um 1700 Stimmen voraus. Wenn noch Reserven herangeholt werden und wenn die fortschrittlichen Wähler einigermaßen die Konsequenzen aus den neuesten politischen Geschehnissen ziehen, dann muß der Kreis zum ersten Male eine sozialdemokratische Vertretung erhalten.

Die Fortschrittliche Volkspartei wird sehr bekümmert sein, daß sie aus der Stichwahl gedrängt ist und den Kreis verliert. Aber sie kann unmöglich eine Stichwahlparole für die Konservativen ausgeben, denn dadurch würde sie sich weit über den Wahlkreis hinaus kompromittieren und für zukünftige Wahlen ihre Situation gänzlich verschlechtern. Aber die Hauptsache ist, daß unsere Parteigenossen nochmals alles daran setzen, um die Niederlage der reaktionären Mächte zu besiegeln.

Entrüstungsrummel wider den Papst — Geldzulage für den König.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

* Das preußische Dreiklassenhaus versteht es, mit Dampf zu arbeiten. Eine Sitzung hat ihm genügt, um die pomphaft angekündigten Borromäus-Interpellationen und die zweite und die dritte Lesung der dynastischen Liebesgabenerhöhung zu erledigen. Wenn es sich um ernsthafte Beratungen handeln würde, so wäre das eine in ihrer Art achtunggebietende parlamentarische Leistung. In der Tat aber handelte es sich um eine burleske und groteske Komödie, sowohl bei den Interpellationen wie bei der Zulagendebatte.

Der Bund zwischen Zentrum und Konservativen ist zu eng, als daß die praktischen junkerlichen Realpolitiker durch den Familienstreit zwischen Gescheiterten und Tonsurierten ihre Zirkel ernsthaft stören lassen möchten. Darum trat zwar der Rabe v. Pappenheim aus der evangelischen Linie der Pappenheimer aus, warf einen historischen Rückblick auf die traurigen Zeiten, in denen u. a. bekanntlich auch ein katholischer Pappenheim von sich reden machte, und vergoß im Anschluß an diesen Rückblick auf den 30jährigen Krieg ein paar Entrüstungszähren über die nicht gerade Komplimentierbüchern entnommenen Wendungen, in denen sich die Borromäus-Enzyklika über gekrönte und ungekrönte Protestanten ergeht. Von wegen der Wahlhilfe, die das evangelische Wort Gottes auf dem Lande, die biederen Dorfpastoren, allerdings mit zunehmenden Ausnahmen, der Junkerpartei zu leisten pflegen, mußten sich die parlamentarischen Pappenheimer diese Entrüstung wohl einmal leisten, die ihnen das mit Augurenlächeln zuhörende Zentrum ja auch nicht weiter krumm nimmt. Wie wenig ihnen die Sache an Herz und Nieren geht, zeigte der weitere Verlauf.

Nachdem der Nationalliberale Hackenberg eine Kulturkampfpauke vom Stapel gelassen, die Salbadereien des Grafen Moltke, des Vetters des „süßen Cuno", glücklicherweise unverständlich geblieben waren, und Bethmann eine Erklärung von selbst bei ihm ungewöhnlicher Inhaltlosigkeit und Trivialität verzapft hatte, erklärten Herr Herold vom Zentrum und Herr v. Jadzewski von den Polen, sich nicht an der Debatte beteiligen zu wollen. Sprachen's und Kapläne und Schlachtschitzen verließen den Saal. Die Junker ließen noch den Freisinnigen Gyßling sein Sprüchlein heruntersagen und machten dann Schluß. Genosse Hoffmann, dem gleich einer Reihe liberaler Redner das Wort abgeschnitten war, nagelte dies unerhörte Verfahren in derber Weise fest und trumpfte gründlich den Konservativen Winckler ab, der in brutaler Offenheit nicht sowohl eine Rechtfertigung, als eine Erklärung dieser Debattenguillotinierung gab. Die Junker wollten Hoffmann nicht reden lassen und daher machten sie eben Schluß.

Die zweite und dritte Lesung der Zivillistenerhöhung brachte kein überraschendes Moment hervor, es sei denn die Tatsache, daß auch die Polen zum Byzantinerblock stießen und somit mit einer Demut, wie man sie sonst nur an Vierfüßlern zu schätzen weiß, die Preußenhand küßten, die sie züchtigt. Unser Fraktionsredner Adolf Hoffmann nannte dies Verhalten der preußisch-polnischen Dumafraktion beim rechten Namen und leuchtete gründlich dem Rechenkünstler Rheinbaben heim. Als Rheinbaben trotz dieser Abfuhr erneut das Wort ergriff und unter dem dröhnenden Beifall der Junker mehr als vorsintflutliche Ausführungen über die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften machte, gab ihm Genosse Hirsch bei der dritten Lesung der Vorlage die gebührende Antwort. Zwischendurch arbeitete Herr v. Kröcher wieder mit Ordnungsrufen, von denen einen der Genosse Leinert wegen eines Zwischenrufes erhielt. Bemerkenswert war noch die Rede des Berliner Stadtrats und Ordensritters vierter Güte Fischbeck. Sie gab die tröstliche Gewißheit, daß unter dem Zusammenbruch des Bülowblocks und der Ausschiffung Dernburgs die bewilligungseifrige Königstreue der Freisinnigen nicht im mindesten gelitten hat.

* * *

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen der Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen über die Borromäus-Enzyklika.

Abg. v. Pappenheim (kons.) begründet die konservative Interpellation. Angesichts der schweren Leiden die gerade über Deutschland die inneren Kriege herbeigeführt haben, ist der konfessionelle Friede eine unbedingte Lebensnotwendigkeit unseres Staatslebens. Solche schweren Beschimpfungen der Evangelischen aber, wie sie in der Enzyklika stehen, gefährden die Eintracht zwischen den christlichen Konfessionen, und wir fordern die Regierung auf, alles zu tun, um solchen Störungen der Eintracht wirksam entgegenzutreten. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Hackenberg (natl.) rügt ebenfalls scharf die beschimpfenden Ausdrücke der Enzyklika. Wenn der Papst als weltlicher Souverän anerkannt werden will, muß er auch die Formen eines Souveräns wahren. Ich frage die Regierung, was sie zu tun gedenkt, um einer solchen Gefährdung des konfessionellen Friedens in Zukunft vorzubeugen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Moltke (freikons.) begründet die dritte Interpellation, bleibt aber auf der Tribüne unverständlich.

Ministerpräsident v. Bethmann-Hollweg beantwortet die Interpellationen. Die Enzyklika hat eine erklärliche tiefgehende Erregung weiter Volkskreise hervorgerufen. Ich habe unseren Gesandten am Vatikan beauftragt, bei der päpstlichen Kurie Verwahrung einzulegen und der Erwartung Ausdruck zu geben, daß die Kurie Mittel und Wege finden werde, um die aus der Veröffentlichung der Enzyklika sich ergebenden Schäden zu beseitigen. Diese Erwartung ist um so berechtigter, als die Kurie nach den im Osservatore Romano veröffentlichten Mitteilungen nicht im entferntesten die Absicht gehabt hat (Gelächter links), die evangelischen Völker und ihre Fürsten zu kränken. Der Gesandte hat seinen Auftrag gestern ausgeführt. (Hört, hört! links.) Eine Antwort der Kurie ist bei der Kürze der Zeit noch nicht erfolgt. Daher muß ich mich weiterer Erklärungen enthalten. (Lachen links.) Sie wollen aus meiner Erklärung entnehmen, daß die Regierung entschlossen ist, das ihrige zu tun, den konfessionellen Frieden im Lande zu wahren und zu schützen. (Bravo! rechts.)

Auf Antrag des Abg. v. Pappenheim wird gegen die Stimmen des Zentrums eine Besprechung der Interpellation beschlossen.

Abg. Herold erklärt, daß seine Freunde es ablehnen, über eine Kundgebung des Papstes ein Urteil abzugeben, und sich an der Diskussion nicht beteiligen würden. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. v. Jazdzewski (Pole) schließt sich dieser Erklärung an.

Abg. Gyßling (Freis. Volksp.): Den Standpunkt des Zentrums verstehe ich nicht. Wir müssen entschieden gegen die Beschimpfungen der Protestanten durch den Papst protestieren. Herrn v. Heydebrand möchte ich fragen: wie steht es denn jetzt mit der gemeinsamen christlichen Weltanschauung der Konservativen und des Zentrums. (Sehr gut! links.)

Ein Schlußantrag der Konservativen wird angenommen. Das Zentrum hat den Saal verlassen.

Abg. Hoffmann (Soz.) protestiert dagegen, daß ihm das Wort abgeschnitten ist.

Abg. Winckler (kons.): Wir wollten verhindern, daß über religiöse Dinge hier in einer Form geredet wird, die der Würde der Sache nicht entspricht.

Abg. Hoffmann (Soz.): Das ist nichts als eine faule Ausrede, weil die Herren fürchten, ihr Techtelmechtel mit dem Zentrum könnte in das richtige Licht gesetzt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Fischbeck: Die Beziehungen der Konservativen zum Zentrum sind ganz klar wieder durch die Abmachung bei dieser Abstimmung zutage getreten. (Sehr wahr! links.)

Abg. Graf Praschma (Zentr.) bestreitet eine solche Abmachung.

Abg. Dr. Lohmann (natl.): Ich bedaure, verhindert zu sein, auf den letzten Teil der Erklärung des Ministerpräsidenten zu antworten, und vor allem die Erklärung des Zentrums in das richtige Licht zu setzen. Das Zentrum ist ja bekanntlich „keine konfessionelle Partei". (Sehr gut! und große Heiterkeit links.)

Es folgt die zweite Lesung der Vorlage betr. die **Erhöhung der Krondotation.**

Abg. v. Jazdzewski (Pole) erklärt, daß seine Freunde schweren Herzens zustimmen würden, um dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist.

Abg. Dr. Friedberg: Auch meine Freunde haben sich von der Notwendigkeit der Forderung in der Kommission überzeugt.

Abg. Hoffmann (Soz.): Sie sehen, die Einigkeit ist wieder hergestellt. (Heiterkeit.) Die Wähler der Polen werden es sich auf die Dauer nicht gefallen lassen, daß ihre Vertreter den Gardekürassierstiefel küssen, mit dem sie getreten werden. Wenn Herr v. Rheinbaben gestern behauptet hat, die Krone erziele aus ihren Gütern nicht 8 Millionen, sondern nur 1 700 000 M., so würde das pro Hektar der Besitzungen der Krone nur 17¾ M. ausmachen. Da muß ja eine schöne Wirtschaft herrschen. (Heiterkeit.) Vielleicht läßt man durch den bald stellungslosen Dernburg auch in diese Finanzen etwas Ordnung bringen. (Heiterkeit.) Mit den sozialen Märchen, wie sie v. Rheinbaben wieder vortrug, sollte man endlich aufhören. Man sagt, ein Drittel zahlt der Arbeiter, ein Drittel der Arbeitgeber und ein Drittel das Reich zu der sozialen Versicherung. Das zweite Drittel aber wird doch gezahlt von dem, was der Arbeitgeber den Arbeitern vom Lohne abzieht, und was das Drittel des Reichs anbelangt, so ist es wieder die Arbeiterschaft, die infolge der indirekten Steuern auf die notwendigsten Lebens- und Gebrauchsartikel diese Beiträge mitbezahlt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Der Arbeiter bekommt keinen Pfennig, den er nicht selber aufgebracht hätte, direkt oder indirekt. Er unterhält aus den Summen, die er aufbringen muß, noch eine ganze Reihe Ihrer Söhne in höheren Verwaltungsstellen. (Lachen rechts.) Ich verweise ferner darauf, daß nach der Produktionsstatistik von je 10 M., die die Herren Großindustriellen durch den Schutzzoll in ihre Taschen bekommen haben, nur 27 Pf. für Arbeiterversicherung hergegeben werden. (Hört, hört! bei den Soz.) Dem Herrn Finanzminister erwidere ich weiter, daß ich durchaus nicht die Höhe der Bezüge der Hofbeamten bemängelt habe, sondern verlangt habe, daß die Krone diese Gehälter aus ihrem Privateigentum bezahlt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Was die soziale Versicherung anlangt, so kommt noch hinzu, daß die Arbeiter außer ihren Beiträgen auch noch bei der Arbeit Leben und Gesundheit einsetzen; das ist ein ganz anderes Risiko als das der ab- und aufsteigenden Konjunktur für die Unternehmer. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ferner hat der Finanzminister betont, daß 19 Millionen unserer Bevölkerung überhaupt nicht zur Steuer herangezogen würden. Ist das etwa eine rühmenswerte Tatsache, oder ist es nicht vielmehr beschämend, daß 19 Millionen ein so geringes Einkommen haben? (Sehr wahr! bei den Soz.) Ferner führte Herr v. Rheinbaben preisend an, der Durchschnittslohn der Arbeiter wäre gestiegen von 2,39 M. auf 3,18 M. Wegen der 79 Pf. Steigerung wirft man sich also noch lobend in die Brust! Und wegen dieser Lohnsteigerung verlangt man die Bewilligung der 3½ Millionen! Daß aber das Vermögen einer Handvoll Millionäre sich seit 1895 um jährlich 700 Millionen vermehrt hat, sagt der Finanzminister nicht. Damit hat er recht: ein tiefer Abgrund gähnt zwischen unserer und seiner Weltanschauung. Sie meinen, das Volk ist da zur Erhaltung des Wohllebens, der Ueppigkeit und Verschwendung der Besitzenden; wir meinen, wer alles schafft, hat auch das Recht, seinen Platz zu ver-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100610/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG